

Machtstrukturen, daß möglichst vieles in Bürgernähe entschieden und verwaltet wird. Kommunale Selbstverwaltung ist der Stützpfiler der Demokratie. Wer Kommunen rechtlich, finanziell und von ihren Möglichkeiten her enteignet, untergräbt demokratische Strukturen.

(Beifall bei der SPD)

Und gerade dies soll geschehen - und wieder aus dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit heraus. Beleg dafür ist die Vorlage der beabsichtigten

2. Durchführungsverordnung zum Kommunalvermögensgesetz im Ministerrat. Der vorgelegte Entwurf dieser 2. Durchführungsverordnung schränkt bewußt die Regelungen zugunsten der Kommunen aus dem Kommunalvermögensgesetz ein. Damit steht die Vorlage im direkten Widerspruch zum Kommunalvermögensgesetz und beschneidet auch entscheidende Punkte der von der Volkskammer verabschiedeten Kommunalverfassung. Das ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung in einem demokratischen Staat; denn Entscheidungen der Legislative dürfen nicht von der Exekutive eingeschränkt werden.

Aber die Zielsetzung dieser 2. Durchführungsverordnung paßt genau zum Geist des eingangs erwähnten Vertrages, und damit ist der Kreis geschlossen. Indem die Rechte der Kommunen beschnitten werden, wird die Möglichkeit eröffnet, den großen Energieversorgungsunternehmen durchgreifend von der Erzeugung bis zum Verbrauch in monopolistischer Weise Einfluß zu geben. Die Sperren, die wir als Parlament dagegen aufgebaut haben, sollen ausgehebelt und umgangen werden, und das allein im pekuniären Interesse der Energieversorgungsunternehmen.

Den Kommunen wird eine mittelfristig sichere Quelle für bedeutende finanzielle Mittel genommen, die eine Voraussetzung für kommunale Selbstverwaltung ist. Ich will dem Hohen Haus nicht verschweigen, daß die Angriffe auf das Kommunalvermögensgesetz auch aus anderer Richtung kommen. Indem das Kommunalvermögensgesetz nicht Bestandteil des Einigungsvertrages sein soll und die Bundesregierung in diesem Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag eine Änderung unserer Kommunalverfassung verlangt, besteht auch von der Bundesregierung her die Gefahr, daß für unsere Städte und Gemeinden die denkbar schlechtesten Ausgangsbedingungen im vereinigten Deutschland bestehen. Damit würden auch dezentrale Alternativen für eine umweltverträgliche Energiewirtschaft verhindert.

Herr Dr. Krause, als Verhandlungsführer tragen Sie hier eine gewaltige Mitverantwortung. Gelingt es nicht, das Kommunalvermögensgesetz und die Kommunalverfassung in der vorliegenden Form zu sichern, ist dies allein Grund genug, dem Einigungsvertrag nicht zuzustimmen.

Ich wollte daraufhinweisen, daß es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen Stromvertrag, Kommunalvermögensgesetz und Einigungsvertrag. Und so, wie die Situation sich heute zeigt, schafft dieser Zusammenhang durch Mitverantwortung unserer Regierung schlechte Ausgangspositionen für die fünf Länder Ostdeutschlands. Wir haben von der Zeit her noch eine kleine Chance, etwas daran zu ändern, und dazu fordern wir Sozialdemokraten unsere Regierung dringend auf.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe nun als weiteren Diskussionsredner von der Fraktion der PDS den Abgeordneten Hegewald auf.

Prof. Dr. Hegewald für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unstrittig ist, daß die verfehlte Energiepolitik der vergangenen Jahrzehnte, die auf Autarkie, Energieverschwendung und die

Rohbraunkohle als Hauptenergieträger ausgerichtet war, eine extreme Umweltbelastung hervorgebracht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Notwendig ist unbedingt eine neue Energiepolitik, die zugleich Umweltvorsorge bringt. Was allerdings jetzt bei uns auf dem Energiesektor läuft, gleicht einem Ausverkauf der Stromversorgung und damit lediglich einem Übergang vom Staatsmonopol zum Konzernmonopol. Damit werden die gleichen Fehler begangen wie bereits vor 10 Jahren in der Bundesrepublik, und zwar, daß nur die großen Unternehmen die Strompolitik und Preise bestimmen und nicht ein kommunaler Weg beschritten wird, der die Eigentumsrechte in Energieerzeugung und -Verteilung trennt und damit den Kommunen echte Chancen der Mitbestimmung gibt. Die Länder sind bei uns noch nicht gebildet, da ist vorgestern der Stromvertrag zwischen RWE, Preußen-Elektra und Bayern-Werke vom Umweltministerium und der Treuhandanstalt unterschrieben worden. Die Abgeordneten der Volkskammer wurden davon nicht in Kenntnis gesetzt. Ich betrachte das als eine Entmündigung.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Die Fraktion der PDS stellt folgende Aspekte für eine kommunale und umweltfreundliche Energiepolitik in den Vordergrund:

Erstens geht es uns darum, durch konsequente Energieeinsparung in allen Bereichen der Produktion und Konsumtion einen wesentlichen Beitrag zu einer rationellen Energienutzung zu bringen und zugleich einen wesentlichen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten. Außerdem müssen gesellschaftliche Angebote kommen, und das ist vor allen Dingen Sache der Kommunen. In den Kommunen muß das Energiebewußtsein ausgeprägt werden, und das vor allen Dingen durch die zentrale Energieversorgung. Zugleich sind wir auch für einen sozial verträglichen Subventionsabbau bei Energiepreisen. Wenn im nächsten Jahr pro Familie rund 150 Mark mehr gezahlt werden müssen - auf Grund der erhöhten Energiekosten -, so sind wir dafür, daß den sozial Schwachen diese zusätzlichen, erhöhten Energiekosten erlassen werden. Ich glaube, das ist auch ein Weg, wie Sozialpolitik und Energiepolitik in Zukunft zusammengehen sollten.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens: Objektiv notwendig ist die Eingliederung der Elektrizitätswirtschaft der zukünftigen Bundesländer in einen gesamteuropäischen Stromverbund. Damit wird die Versorgungssicherheit erhöht, und zum anderen können die ältesten, am meisten verschlissenen, umweltbelastenden Kohlekraftwerke stillgelegt werden.

Notwendig ist ein finanziell machbarer Übergang der bestehenden Energiekapazitäten in die Marktwirtschaft durch Steuererleichterungen oder Steuererlaß. Damit könnten vertretbare Übergänge für Bergarbeiter bei uns geschaffen werden. Sie würden nicht arbeitslos.

Zur kurzfristigen Deckung des Energiebedarfs der DDR ist die Einbeziehung der vorhandenen Überkapazitäten der Bundesrepublik - 30 bis 40% - durch die schrittweise Schaffung des deutsch-deutschen Energieverbundnetzes zu nutzen.

Drittens sind wir dafür, daß alle Gelegenheiten genutzt werden, regenerative Energiequellen für die Energiegewinnung zu nutzen. Wir unterstützen vor allem die Anwendung der Geothermie, die regionale Bedeutung für die Wärmeversorgung von Städten und Gemeinden, insbesondere in Mecklenburg/Vorpommern hat sowie Forschungsobjekte für Sonnen-, Wind- und Biogasenergie. Ich glaube, da sind die Kommunen sehr herausgefordert, in dieser Richtung mitzuwirken. Das kann man nicht den großen Stromkonzernen überlassen.

Ökologisch relativ sauber ist Erdgas. Warum wird die Gaswirtschaft bei uns nicht transparent gemacht? Was ist mit den nicht ausgeschöpften Trägern mit der Sowjetunion? Was ist mit den Erdgasrechten der DDR in der UdSSR durch den Trassenbau bei einem Verbindlichkeitsstand der UdSSR gegenüber der DDR